

Bittere Stichtage

MZ-SERIE TEIL 3 Leitende Wissenschaftler, die nach 1990 den Umbau der Hochschulen vollzogen haben, fühlen sich bestraft.

VON BÄRBEL BÖTTCHER

HALLE/MZ - „Ich wollte nie Rektor werden“, sagt Professor Günther Schilling. „Die wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Physiologie und der Ernährung der Kulturpflanzen sowie die Ausbildung von Studenten lagen mir viel mehr am Herzen als die Wissenschaftsorganisation“, fügt der heute 81-Jährige hinzu. Und doch ist er Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg geworden. Im April 1990. Das war eine Zeit, als Universitäten, Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen vor einem gewaltigen Umbruch standen. Erfahrene Wissenschaftler, die eine gehörige Distanz zum SED-System hatten, wurden dafür benötigt. Es gab nicht sehr viele. Aber Schilling war so einer. Er ließ sich nicht lange bitten, stellte sich zur Wahl, gewann und ging an die Arbeit.

„Als erstes“, so erinnert sich der Wissenschaftler, „wurden sämtliche Einrichtungen zur Verbreitung des Marxismus-Leninismus aufgelöst.“ Dann mussten die damals mehr als 70 Studiengänge so ausgerichtet werden, dass die Absolventen im vereinigten Deutschland die Chance hatten, eine Anstellung zu finden. Die Lehrstuhlstruktur musste überprüft und erneuert werden. Zudem brauchte die Universität ein neues Statut.

Der fünfte Schritt aber, so sagt Schilling, sei der Schwierigste gewesen, „weil er in menschliche Schicksale eingriff“: die personelle



Professor Günther Schilling (links) und Professor Wolfgang Merbach forschen beide noch aktiv auf dem Gebiet der Pflanzenernährung.



FOTOS: ANDREAS STEDTLER

Zu DDR-Zeiten wurde Merbach mehr als ein „Knüppel zwischen die Beine“ geworfen. Man verwehrt dem Sohn einer thüringischen Pfarrersfamilie die Laufbahn eines Hochschullehrers ebenso wie wissenschaftliche Kontakte zu Kollegen im westlichen Ausland sowie Vorträge und Veröffentlichungen dort. „Meine Chance kam nach der Wende“, sagt er. „Und die habe ich genutzt.“ Merbach wurde, wie er selbstironisch sagt, zum Vorzeige-Ossi. Der heute 72-Jährige erhielt im April 1990 von der AdL der DDR eine Titularprofessur, sozusagen „als Wiedergutmachung“. Eine ordentliche Berufung gab es erst 1997/98 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

In der Wendezeit war Merbach sowohl am zentralen Runden Tisch in Berlin als auch als Mitglied von Evaluierungskommissionen des Wissenschaftsrates an der Neuordnung der Agrarwissenschaften der neuen Bundesländer aktiv beteiligt. Dabei hat er sich auch um den Erhalt des Standortes Müncheberg verdient gemacht. Die Akademieinstitute der DDR wurden zum Ende des Jahres 1991 alle aufgelöst. Kommissionen mussten dann entscheiden, ob es zu einer Neugründung kommt. In Müncheberg verlief der Prozess positiv. Und Merbach wurde übernommen - nach Bestätigung seiner fachlichen Qualifikation sowie seiner politischen

und persönlichen Integrität durch externe Kommissionen.

1992, am neu gegründeten Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung, setzte er sich in einem Ausschreibungs- und Berufungsverfahren gegen die internationale Konkurrenz durch und leitete danach das dortige Institut für Ökophysiologie. Gleichzeitig wurde er stellvertretender Direktor des Zentrums, das völlig neu aufgebaut werden musste.

Auch später leistete Merbach wissenschaftliche Kärnerarbeit, so als Prodekan und Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät der MLU, gewählter Gutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Beiratsvorsitzender der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau in Sachsen-Anhalt oder Präsident der Deutschen Gesellschaft für Pflanzenernährung. Sein Arbeitstag endete - wie der von Schilling - oft spät in der Nacht.

Und es gibt noch etwas, was die beiden Wissenschaftler gemeinsam haben: Die Ernüchterung beim Blick auf ihren Rentenbescheid. Sie fühlen sich um den Lohn für ihre Lebensleistung betrogen, ja, für ihren Einsatz nach der Wende sogar bestraft. So wie einige Hundert anderer Professoren neuen Rechts und leitende Wissenschaftler in den neuen Bundesländern, die zwischen 1995 und 2005 ihr aktives Arbeitsleben beendet haben. Sie al-

le erhalten Renten, die um die 1 500 Euro (brutto) liegen. Bei den nach der Wende erstmals Berufenen (Späterberufungen) - wie Merbach - ist der Betrag geringer.

Manchem mag die Summe hoch erscheinen. Doch die Zahl relativiert sich, wenn dazu gesagt wird, dass die Pensionen vergleichbarer Wissenschaftler in beziehungsweise aus den alten Bundesländern bei ca. 4 200 bis 4 900 Euro und die der verbeamteten Ostprofessoren bei etwa 2 800 Euro liegen.

„Wenn jetzt nicht etwas geschieht, hat alles kaum noch Sinn.“

Professor Günther Schilling
Alt-Rektor der MLU

Besonders diskriminierend finden Schilling und Merbach aber, dass sie rund 400 - 500 Euro weniger als diejenigen Hochschullehrer erhalten, die bis zum 30. Juni 1995 wegen früherer Stasi-Tätigkeit oder unzureichender wissenschaftlicher Leistungen in den Ruhestand geschickt wurden.

Wie kommt das? Für die meisten Hochschullehrer gab es zu DDR-Zeiten eine Zusatzversorgung. Es war das Zusatzversorgungssystem Nummer 4 für die wissenschaftliche Intelligenz, eingeführt am

12. Juli 1951. Es wurde wie alle anderen dieser Systeme zum 31. Dezember 1991 geschlossen und in die gesetzliche Rentenversicherung übergeführt. Allerdings gewährte man denjenigen, die bis zum 30. Juni 1995 in Rente gingen, Bestandsschutz.

Für Professor Schilling ist dieser Stichtag besonders bitter. Er ist im August 1995 in Rente gegangen und fällt damit in die Gruppe der Wissenschaftler, die es besonders hart trifft - nämlich die, die bis zum 31. Dezember 2001 ihr aktives Arbeitsleben quittiert haben. Sie sind vom Bestandsschutz ausgeschlossen, erhalten aber auch keine Zusatzversorgung aus der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder. Die wurde für Ostdeutsche erst verspätet 1997 eingeführt und setzt eine Wartezeit von fünf Jahren voraus. In ihren Genuss kommen also erst diejenigen, die ab dem 1. Januar 2002 ihren Ruhestand angetreten haben. So wie Professor Merbach, der 2004 die entsprechende Altersgrenze erreicht hat. Doch die erworbenen Anwartschaften sind gering.

In den Beamtensystemen wurden in diesen Jahren aus Altersgründen übrigens - allerdings in einzelnen neuen Bundesländern in unterschiedlichem Ausmaß - nur wenige Wissenschaftler aufgenommen.

„Es geht mir auch nicht darum, eine Westpension zu bekommen“,

sagt Schilling. Ihm würde es schon reichen, wenn die Ungerechtigkeiten innerhalb der ehemaligen DDR-Wissenschaftler beseitigt würden. Seit zehn Jahren kämpft er dafür. Hat an Politiker geschrieben. Zuletzt an den Ex-Wirtschaftsminister und heutigen Ministerpräsidenten Rainer Haseloff (CDU). „Alle sagen mir, dass der heutige Zustand ungerecht ist. Aber es gab bisher keinen, der sagt, wann und wie das geändert werden soll.“

Auch Merbach meint: „Eine Lösung des Problems kann nur durch die Politik erfolgen.“ Er setzt sich im Vorstand des „Vereins Altersversorgung für angestellte Professoren und Hochschullehrer neuen Rechts und Angestellte im höheren Dienst in den neuen Bundesländern“ (VAV) für die Betroffenen ein. Der VAV hat auch mehrmals den juristischen Weg beschritten. Vergebens. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1999 geurteilt, dass sich die Systementscheidung über die Zusatzversorgungssysteme für viele Betroffene zwar nachteilig auswirke, aber „nicht zu einer unverhältnismäßigen Belastung“ führt.

Das sehen Schilling und Merbach anders. Abgesehen davon, dass ausgerechnet diejenigen, die die wissenschaftliche Aufbauarbeit leisteten, heute die geringste Altersversorgung bekommen, beklagen beide, dass sich dies in ihrer wissenschaftlichen Arbeit, die sie bis heute fortführen, äußerst nachteilig auswirke. Denn die Herausgabe spezieller wissenschaftlicher Publikationen oder eine Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen oder Kongressen koste Geld - Tagungsgebühren liegen heute nicht selten bei 350 Euro. Hinzu kommen Fahrt- und Übernachtungskosten, die vor allem bei Kongressen im Ausland stark zu Buche schlagen. In der Regel könne man sich das nicht leisten. Dabei sei der internationale Austausch für Wissenschaftler das „Salz in der Suppe“, sagt Merbach.

Schilling fordert jetzt eine schnelle Entscheidung. „Die Angehörigen der fraglichen Personengruppe sind heute über 70 Jahre alt“, sagt er. „Wenn jetzt nicht etwas geschieht, hat alles kaum noch Sinn.“

Schreiben Sie uns Ihre Meinung an: Mitteilungsdeutsche Zeitung, 06075 Halle, Stichwort: Rente oder per Mail an: redaktion.leserbriefe@mz-web.de

Zwischen 10 und 13 Uhr beantwortet heute ein Vertreter der Rentenversicherung am MZ-Telefon Fragen: **0345/5654027**

Lesertelefon: **0345/5654240**

MZ-SERIE

Ist die Rente gerecht?

Rechtlich nicht zu beanstanden und trotzdem ungerecht? Viele Rentner im Osten fühlen sich benachteiligt. Wie leben sie? Mit welchen Problemen kämpfen sie? Das beleuchtet die MZ-Serie.

Thema heute: Böse Quittung

Morgen: Problem Anpassung

Überprüfung und Erneuerung durch Personalkommissionen, die vom damaligen Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes eingesetzt wurden. Zunächst sei es dabei um die persönliche Eignung jedes einzelnen Wissenschaftlers gegangen - auch, aber nicht nur um die Frage der Stasi-Mitarbeit. „Wer da gut durchgekommen ist, konnte sich wieder bewerben - als Hochschullehrer neuen Rechts.“

Die fachliche Eignung sei dann in einem zweiten Schritt überprüft worden. Schilling hat diese Prozeduren, in deren Ergebnis mehr als 30 Prozent des Lehrkörpers abberufen wurden, alle auch persönlich über sich ergehen lassen. Er konnte seinen Lehrstuhl behalten, wurde später sogar zum Vize-Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz der Bundesrepublik gewählt.

Einen ähnlichen Erneuerungsprozess hat Professor Wolfgang Merbach durchlebt. Allerdings am Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften

(AdL) in Müncheberg (Brandenburg), aus dem 1992 das Zentrum für Agrarlandschaftsforschung der „Blauen Liste“ (heute Leibniz-Gesellschaft) wurde. Auch er beschäftigt sich mit der Physiologie und Ernährung der Pflanzen und seine wissenschaftlichen Wege haben sich mit denen von Professor Schilling mehrfach gekreuzt.

„Manches ist schiefgelaufen“

Chefin des Verbandes Hochschule und Wissenschaft hofft auf baldige Lösung.

HALLE/MZ - Professor Dr. Elke Platz-Waury (Foto), Bundeschefin des Verbandes Hochschule und Wissenschaft im dbb beamtenbund und tarifunion, setzt sich für die Wissenschaftler ein. Mit ihr sprach Bärbel Böttcher.



Das tut sie in diesem Fall überhaupt nicht.

Was hat der Verband bisher getan, um den Zustand zu ändern?

Platz-Waury: Wir haben eine Fülle von politischen Gesprächen geführt - zum Teil auf Landesebene, vor allem aber auf Bundesebene. Denn wir sind der Meinung, die Lösung kann nur über einen Bundesländer-Fonds kommen. Es handelt sich hier ja nicht um ein Problem der Rentenversicherung oder der Rentengesetzgebung.

Gibt es Versäumnisse, die in der Vergangenheit liegen?

Platz-Waury: Die Versäumnisse betreffen eine Gruppe von Wissenschaftlern, die zwischen 1995 und 2005 in Ruhestand gegangen sind. Hier haben Bund und Länder nicht genügend Vorsorge getroffen. Da ist damals schlicht nicht darüber nachgedacht worden. Dass das manchen schiefgelaufen ist, ist seit langem bekannt. Mir liegt ein Brief von Angela Merkel aus der Zeit vor, als sie noch nicht Bundeskanzlerin war. Darin sagt sie ganz eindeutig, dass hier eine Ungerechtigkeit passiert, die dringend behoben werden muss. Seit sie Bundeskanzlerin ist, ist ihr das Thema offenbar nicht mehr so wichtig. Man kann das nicht hinnehmen und warten, dass alle Betroffenen schön langsam vor sich hinstarben. Insofern spielt auch der Zeitfaktor eine Rolle.

Wann, so glauben Sie, wird eine Lösung auf dem Tisch liegen?

Platz-Waury: Wir hatten im April dieses Jahres ein gemeinsames Treffen mit Bundestagsabgeordneten der CDU, dem Ost-Beauftragten der Bundesregierung, Christoph Bergner (CDU), sowie mit Vertretern Sachsen-Anhalts, Sachsens und Thüringens. Es wurde uns zugesagt, dass bis zur Sommerpause eine Lösung vorliegt, dass dann klar ist, wie viel Geld für den Fonds benötigt wird und woher es kommen soll. Das ist nicht geschafft worden - wobei ich auch zugestehen will, dass es in der Bundesrepublik vor der Sommerpause eine Reihe anderer Probleme gab. Es wurde uns gleichzeitig versprochen, dass es noch in diesem Jahr eine Klärung gibt.

FOTO: PRIVAT

Mehr im Netz unter: www.mz-web.de/rente